

Trier, im Dezember 2018

Trierer Erklärung des Kasseler Kreis - Forum sozialdemokratischer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter e.V.:

Zeit für Arbeitnehmer*innen_Mainstreaming

Arbeitnehmer*innen und ihre Interessensvertreter*innen sind von Diskriminierung betroffen: Das meint, Benachteiligung oder Herabwürdigung nach Maßgabe bestimmter Wertvorstellungen oder aufgrund unreflektierter, auch unbewusster Einstellungen, Vorurteile oder emotionaler Assoziationen.

Diese Diskriminierung von Arbeitnehmer*innen besteht aus:

- struktureller, wirtschaftlicher und sozialer Benachteiligung;
- nicht geahndeter krimineller Handlungen an Arbeitnehmer*innen wie zum Beispiel unbezahlter Erwerbsarbeit und moderne Lohnsklaverei;
- Unterdrückung von Rechten durch Betriebsratsbashing und „Unionbusting“;
- fehlender Repräsentation und Lobby im politischen System;
- Tätigkeiten ohne gesellschaftliche Wertschätzung;
- Arbeitnehmer*innen werden in den Medien der Lächerlichkeit oder dem Untergang preisgegeben.

Arbeitnehmer*innen als Gruppe werden zu oft nicht wahrgenommen, nicht angesprochen und aktiv verleugnet – obwohl sie die gesellschaftliche Mehrheit sind. Die Diskriminierung der Arbeitnehmer*innen zeigt sich an diesen Tatsachen sehr deutlich. Sie hat ihre Wurzeln in neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwürfen der gesellschaftlichen Eliten. Der Glaube an die Kraft des Kollektiven wurde ersetzt durch die Ansicht, „jeder sei seines eigenen Glückes Schmied“.

So sind heute viele Millionen Arbeitnehmer*innen und ihre Angehörigen von Diskriminierung in ihren unterschiedlichen Ausprägungen betroffen. Sie steigern den Druck auf diejenigen, die bisher in (vermeintlich) sicheren Arbeitsverhältnissen tätig sind. Denn wirtschaftliche Schwankungen, Veränderung in der Wertschöpfung, die fortschreitende Digitalisierung und der Wechsel des/der Eigentümer*in, können sichere Arbeitsverhältnisse schnell beenden. Ängste unter Arbeitnehmer*innen und ihren Angehörigen nehmen zu - mit fatalen Auswirkungen auf unser demokratisches System. Die soziale Spaltung ist da, der soziale Friede in

Starke Gewerkschaften. Starke SPD. Soziale Zukunft gemeinsam gestalten!

Deutschland wird brüchig und ist bereits von Teilen der Arbeitgeber*innen und Kapitaleigentümer*innen aufgekündigt. Finanzspekulant Warren Buffet bringt es auf den Punkt: „Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen!“.

Praktische Schritte gegen die Diskriminierung

Es ist an der Zeit, dass politische Entscheidungsträger*innen wieder insgesamt die Gruppe der Arbeitnehmer*innen und ihrer Angehörigen in den Fokus ihrer Betrachtungen rücken.

Folgende Anforderungen sollen zu einer veränderten Wahrnehmung über Arbeitnehmer*innen und schließlich zu einer Verbesserung ihrer Lagen führen:

Strukturelle wirtschaftliche und soziale Benachteiligung

Wir wissen, dass der berufliche Status über mehrere Generationen vererbt wird, Klassenpositionen ebenfalls. Soziale Mobilität ist deutlich weniger möglich als allgemein angenommen. Soziale Strukturen verfestigen sich immer stärker zu Klassengrenzen. Vererbte Klassenpositionen müssen durch echte Leistungsgerechtigkeit aufgebrochen werden.

- ▶ **Wir benötigen echte Leistungsgerechtigkeit statt vererbter Lebens- und Klassenlagen**

Kriminellen Handlungen an Arbeitnehmer*innen wie zum Beispiel unbezahlte Erwerbsarbeit und moderne Lohnklaverei sowie Betriebsratsbashing und „Unionbusting“

Da, wo sich Arbeitnehmer*innen selbst organisieren, müssen sie besser ausgestattet und geschützt werden. Statt staatlicher Alimentierung schlagen wir jedoch höhere Rechtspositionen und größere kostenlose Möglichkeiten für Werbung im öffentlichen Raum vor. Prominente und politische Entscheidungsträger*innen müssen dafür gewonnen werden, sich öffentlich für die Selbstorganisationen der Arbeitnehmer*innen einzusetzen.

In Betrieben und Verwaltungen müssen diejenigen, die sich für Arbeitnehmer*innen einsetzen, besser geschützt werden. Sie dürfen nicht länger Freiwild für gewissenlose Unternehmer*innen und Behördenleiter*innen sowie ihre Anwälte*innen sein. Ihre Vertreter*innen und Betriebs- oder Personalräten müssen rechtlich bessergestellt werden, um sich wirkungsvoller für die Arbeitnehmer*innen einzusetzen. Der verfassungsgemäßen

Starke Gewerkschaften. Starke SPD. Soziale Zukunft gemeinsam gestalten!

Sozialbindung des Eigentums müssen auch Taten folgen, beispielsweise höhere Tarifbindung, Sicherung der Verhandlungsbereitschaft der Arbeitgeber*innen und Unterlassung krimineller Handlungen.

- ▶ **Wir fordern die rechtliche Stärkung von Gewerkschaften, betrieblichen Interessensvertretungen und ihren verstärkten Schutz sowie verantwortungsvolles Verhalten der Arbeitgeber*innen**

Wenig Repräsentation und Lobby im politischen System

Wir benötigen dringend eine bessere politische Interessensvertretung für die Arbeitnehmer*innen. In Parteien und politischen Verbänden muss über Selbstverpflichtungen für die bessere Vertretung von Arbeitnehmer*innen in Gremien diskutiert werden. Daraus entsteht eine Sensibilität, sich auch mit Themen zu beschäftigen, die Arbeitnehmer*innen in besonderer Weise betreffen. Das ist die Grundlage für Reformen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation.

- ▶ **Wir erwarten eine höhere politische Repräsentation und Interessenpolitik zugunsten der Arbeitnehmer*innen**

Tätigkeiten ohne gesellschaftliche Wertschätzung

Während die direkte und indirekte Steuerlast für unselbständige Tätigkeit gestiegen ist, ist sie für Kapitalerträge gesunken. Dagegen werden täglich in den Medien die Kapitalerträge als Börsennachrichten dargestellt, aber nicht die wirtschaftliche Situation der Arbeitnehmer*innen. Soziale Tätigkeiten, deren Wertschöpfung und Nutzen für die Gesellschaft monetär nur sehr schwer zu messen sind sowie ehrenamtliche geleistete Arbeit müssen in der öffentlichen Betrachtung mehr Wertschätzung erfahren.

- ▶ **Wir alle müssen Arbeit statt Kapitalerträge wertschätzen**

Arbeitnehmer*innen in den Medien der Lächerlichkeit oder dem Untergang preisgegeben

Die mediale Darstellung von Arbeitnehmer*innen folgt meistens dem klischeehaften Bild des Arbeiters, z. B. im Blaumann oder als Bergmann. Arbeitnehmer*innenschaft, ihr Leben und Wirken, findet nur noch als Karikatur statt; sie wird nicht mehr in all ihren Facetten wahrgenommen. Diese Eindimensionalität wird schnell vom politischen Diskurs aufgegriffen und in politische Entscheidungen überführt. Arbeitnehmer*innenschaft muss ganzheitlich in Öffentlichkeit, Politik und Bildung stattfinden.

Wir benötigen mehr Forschung über die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lagen der Arbeitnehmer*innen und ihrer Angehörigen. Vielfach

Starke Gewerkschaften. Starke SPD. Soziale Zukunft gemeinsam gestalten!

sind wir auf einzelnen Quellen auf dünner Datenbasis angewiesen, die keine Grundlage bieten für eine tatsächliche Auseinandersetzung oder Reformmaßnahmen zugunsten der Arbeitnehmer*innen. Dringend benötigen wir Zahlen zur Diskriminierung von Arbeitnehmer*innen in Gesellschaft und Staat.

- ▶ **Wir fordern Aufklärung zur tatsächlichen Lage der Arbeitnehmer*innen, insbesondere im öffentlich-rechtlichen Raum sowie Respekt vor ihrer Kultur, Geschichte und Leistungen**

Arbeitnehmer*innen-Mainstreaming

Die Diskriminierung der Arbeitnehmer*innen darf nicht länger hingenommen und tabuisiert werden. Die sozialdemokratische Bewegung muss wieder zu einem echten Sprachrohr der Mehrheit, der Arbeitnehmer*innen, werden. In Parlamenten und Regierungen kann dies nur gelingen, wenn alle politischen Themen und Ressorts unter dem Gesichtspunkt der Betroffenheit von Arbeitnehmer*innen betrachtet und entschieden werden.

Das wären sozialdemokratische Erfolge. Mit diesen steht und fällt die Zukunft der Sozialdemokratie.

- ▶ **Es ist Zeit für Arbeitnehmer*innen-Mainstreaming!**

Als erstes Zeichen gegen Diskriminierung fordern wir das Hissen der roten Fahnen vor öffentlichen Gebäuden am 1. Mai.

*Diese Vorschläge richten sich an Funktions- und Mandatsträger*innen der gewerkschaftlichen und der sozialdemokratischen Bewegung, um der Diskriminierung von etwa 77 Mio. Menschen entgegen zu wirken.*

Starke Gewerkschaften. Starke SPD. Soziale Zukunft gemeinsam gestalten!

Hintergründe

Der Anteil der Erwerbstätigen in Deutschland ist so hoch wie noch nie zuvor. Insgesamt sind 43 Millionen Menschen erwerbstätig. Mit ca. 90 Prozent stellen Arbeitnehmer*innen die größte Gruppe. Die restlichen 10 Prozent sind formal selbstständig. Somit sind fast 39 Millionen Menschen in der Regel auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen und erwirtschaften zugleich den überwiegenden Anteil des gesellschaftlichen Wohlstands. Doch sie verdienen dabei im Vergleich zur Wohlstandsentwicklung immer weniger. Gemessen an der Lohnquote, das ist der prozentuale Anteil der Arbeitnehmer*innenentgelte am BIP, die 2000 noch bei 72 Prozent lag, wurde sie, u.a. durch Entgrenzung der Arbeits- und Finanzmärkte, binnen weniger Jahre auf 64 Prozent gedrückt und liegt aktuell bei 68 Prozent.ⁱⁱ Das zeigt die Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Wohlstands, zum Nachteil der abhängig Beschäftigten und zu Gunsten der Gewinn- und Vermögensbezieher*innen. Die Verschiebung der Einkommensverteilung zwischen den beiden Produktivitätsfaktoren Kapital und Arbeit steht sinnbildlich für die bestehende wirtschaftliche Ungleichheit in Deutschland. Zugleich stieg der Anteil der atypisch Beschäftigten zwischen 1991 und 2017 von 13 Prozent auf 21 Prozent.ⁱⁱⁱ Insbesondere die unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung benachteiligt überproportional Frauen, die einen Teilzeitanteil von mehr als 80 Prozent aufweisen.^{iv} Rechnen wir noch 90 Prozent der Rentner*innen aus der Arbeitnehmer*innenschaft (22 Mio. im Oktober 2018) und 16 Mio. nicht erwerbstätige Angehörige dazu, kommen wir auf eine Gesamtzahl von 77 Mio. Menschen.

Wirtschaft und Politik haben eine Umverteilung von unten nach oben begünstigt, indem sie durch „Flexibilisierungszwänge“ Arbeitnehmer*innen bis in mittlere Einkommensgruppen hinein einer massiven Unsicherheit ausgesetzt haben. Dadurch wurden im Ergebnis berechnete Lohnansprüche durch die Beschäftigten selbst zurückgestellt. Auch Gewerkschaften verloren im Zuge dieser Entwicklung an Verhandlungsmacht, da der Ausstieg der Arbeitgeber aus einem Tarifvertrag oftmals ohne nennenswerte Konsequenz blieb. Dies führt zu einer Tarifbindung, die 2017 einen Anteil von nur noch 57 Prozent in den alten Bundesländern, bzw. 44 Prozent in den neuen Bundesländern aufweist. Das sind im Vergleich zum Jahr 2000 ca. 13 Prozent weniger.^v Es stagnieren seit der Jahrtausendwende die Reallöhne, wobei eine Spreizung der Einkommen zu beobachten ist. Die unteren 50 Prozent der Einkommensskala haben verloren, die oberen hingegen dazugewonnen. Diese Entwicklung weist eine wechselseitige Beziehung mit der abnehmenden Tarifbindung auf, da sich Tariflöhne weitaus besser entwickelt haben als die Effektivlöhne im gleichen Zeitraum.^{vi}

Starke Gewerkschaften. Starke SPD. Soziale Zukunft gemeinsam gestalten!

Zu diesen neoliberalen Gesellschaftsentwürfen gehört die Verneinung von Strukturen sozialer Ungleichheit. Soziale Ungleichheit wird verringert auf weniger auffällige Arme und auf Einzelschicksale von Menschen, denen Aufstiegswillen und -vermögen fehlt. Die größte Bevölkerungsgruppe, die abhängig Beschäftigten und ihre Angehörigen, wurde bis zur Unkenntlichkeit immer weiter unterteilt. Die "harten Strukturen sozialer Ungleichheit [wurden] wegdifferenziert, wegpluralisiert, wegindividualisiert, wegdynamisiert, mit dem Schleier der Individualisierungs- und Pluralisierungsprozesse verhüllt und unkenntlich gemacht"^{vii}. Fazit „Die Klassenstruktur als Erbschaft der Vergangenheit ist keineswegs zerfallen, vielmehr außerordentlich präsent geblieben.“ Dies wurde in Deutschland lange Zeit unterschätzt. Gerne wurde hingegen die „Dominanz eines pluralistischen, individualisierten Lebensstils neuartigen Milieus behauptet.“^{viii}

Die moderne Soziologie löst sich inzwischen von der neoliberalen Ideologie und analysiert wieder Klassenunterschiede. Für Funktions- und Mandatsträger*innen in der gewerkschaftlichen Bewegung und der sozialdemokratischen Bewegung ist bedeutsam, dass sich die Klassenunterschiede auch bezüglich der Einstellungen feststellen lassen. Zwischen den ungelerten Arbeiter*innen, Facharbeiter*innen, einfachen Angestellten, qualifizierten Angestellten, Selbstständigen und Beamt*innen – existieren deutliche Meinungsunterschiede. Selbstständige und ungelerte Arbeiter*innen liegen am weitesten auseinander. Die Werte für Zustimmung oder Ablehnung unterscheiden sich bei vielen Fragen um 20 bis 30 Prozentpunkte, in einigen Fällen um bis zu 50 Prozentpunkte. Besonders groß sind die Unterschiede in Fragen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Auch bezüglich der Einstellungen leben wir "also keineswegs in einer klassenlosen Gesellschaft"^{ix}.

Arbeitnehmer*innen sind über ihre unselbständige, abhängige Finanzierung ihres Lebensunterhalts und dem ihrer Angehörigen mannigfaltigen Benachteiligungen oder Gefahren ausgesetzt.

Die Tatbestände

Mitbestimmte Bereiche, da wo Gewerkschaften hohe Organisationsgrade erreichen, sind hiervon weniger betroffen. Doch diese geschützten Bereiche werden mit nachlassender Tarifbindung weniger. Auch Eigentümer*innenwechsel und Konkurse tragen zum Abbau von Betrieben mit hoher Mitbestimmung bei.

Es folgen einige Beispiele der Diskriminierung von Arbeitnehmer*innen, die noch deutlich länger werden könnte. Tatsächlich sind von diesen Sachverhalten Nicht-Arbeitnehmer*innen betroffen, jedoch weit weniger als Arbeitnehmer*innen und ihre Angehörigen.

Starke Gewerkschaften. Starke SPD. Soziale Zukunft gemeinsam gestalten!

Unterrepräsentation im politischen System

Mit der wirtschaftlichen geht ebenfalls soziale Ungleichheit einher. Hier haben wir eine Situation erreicht wie vor 100 Jahren. Und nicht nur das: Regierungsamtlich festgestellt wurde, dass in Deutschland zudem politische Ungleichheit herrscht. In Deutschland beteiligen sich Bürger*innen mit unterschiedlichem Einkommen nicht nur in sehr unterschiedlichem Maß an der Politik, sondern es besteht auch eine politische Schiefelage Entscheidungen politischen Entscheidungen zulasten der Armen. Damit droht ein sich verstärkender Teufelskreis aus ungleicher Beteiligung und ungleicher Responsivität, bei dem sozial benachteiligte Gruppen merken, dass ihre Anliegen oft kein Gehör finden und sich deshalb von der Politik abwenden – die sich in der Folge noch stärker an den Interessen der Bessergestellten orientiert. Das für die USA nachgewiesene Muster von systematisch verzerrten Entscheidungen trifft auch auf Deutschland zu.^x Gleichzeitig sind Arbeiter*innen weniger am politischen Prozess beteiligt.^{xi}

Wirtschaftliche Benachteiligung

Abnehmende Tarifbindung, Digitalisierung und Globalisierung, getragen durch ein politisches Mindeset der Individualisierung, Entgrenzung und Vermarktlichung führen zu dem Punkt, dass immer mehr Menschen Verlierer dieser Entwicklung sind. Niedrigqualifizierte Arbeit wurde entwertet. Die Last tragen die Menschen, die diese Arbeit ausführen. Gewinner sind Unternehmen, die sich diese Entwicklungen zunutze machen konnten. Unternehmen, wie bspw. Amazon, unterlaufen weltweit gültige Arbeitsstandard, drücken Löhne, gängeln Beschäftigte und verhindern Mitbestimmung und Teilhabe. Zugleich erzielen sie beachtliche Gewinne indem sie sich elegant ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entziehen und die Zahlung von Steuern wo immer es geht vermeiden. Immer mehr Menschen spüren diese Schiefelage. Sie werden dabei doppelt wirtschaftlich benachteiligt: Denn niedrige Löhne verhindern gesellschaftliche Teilhabe und der Staat kann durch fehlende Steuerzahlungen dieser Konzerne nicht mehr für die notwendige Sekundärverteilung sorgen, um die Teilhabe zu ermöglichen.

Unbezahlte Erwerbsarbeit

Nicht vergütete Erwerbsarbeit oder Lohnraub sind ein Tatbestand, der Arbeitnehmer*innen um vertraglich vereinbarte Gegenleistungen für geleistete Arbeit oder um Urlaub bringt. Nicht bezahlte Arbeitnehmer*innen auf dem Bau, unbezahlte Überstunden oder verfallener Erholungsurlaub. In den ersten sechs Monaten dieses Jahrs

Starke Gewerkschaften. Starke SPD. Soziale Zukunft gemeinsam gestalten!

haben Arbeitnehmer*innen etwa eine halbe Milliarde Überstunden ohne Entlohnung angesammelt, so das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung. Auf das ganze Jahr hochgerechnet, werden so die Arbeitnehmer*innen in unserer Republik um 8.840.000.000 Euro geprellt - mit entsprechenden Auswirkungen auf die Finanzen des Staates und der Sozialversicherungen. Das ist auch ein Problem fehlender Kontrollen. Knapp 15.200 Arbeitszeitkontrollen führten demnach die Arbeitsschutzbehörden der Bundesländer im vergangenen Jahr durch – 21 Prozent weniger als im Vorjahr und 41 Prozent weniger als noch im Jahr 2010.

Moderne Lohnsklaverei

Davon wird gesprochen, wenn Werkvertragsarbeitnehmer*innen sich unter schlechten Wohnbedingungen und geringer Entlohnung im Akkord in der Fleischverarbeitung verdingen müssen. 1200 Euro für eine 40-Stunden-Woche sind keine Seltenheit, nicht in der Gastronomie, bei Bildungsarbeiter*innen und im Handel. Gewerkschaften gehen von insgesamt bis zu 40.000 Menschen aus, die häufig brutal ausgebeutet werden: Arbeitszeiten von 12 bis 16 Stunden, kaum Pausen, verspätet gezahlter Lohn, von dem auch noch ein großer Teil abgezogen wird für Fahrten zum Betrieb und die Miete für Zimmer oder notdürftig umgebaute Ställe, in denen sich oft zwei Männer ein Bett teilen müssen. Andere Schätzungen: Allein im Bereich der Fliesenleger*innen sollen es 70.000 sein. Unter den Wanderarbeiter*innen gibt es viele Tagelöhner*innen.

Unterdrückte Rechte: Betriebsratsbashing und Unionbusting

Der Betriebs- oder Personalrat vertritt die Interessen der abhängig Beschäftigten gegenüber dem Arbeitgeber. Er sorgt für Mitbestimmung und Demokratie im Betrieb oder der Dienststelle. Der Betriebs-/ Personalrat und die Betriebsverfassung / das Personalvertretungsgesetz ist eine Errungenschaft, die den sozialen Ausgleich und Beteiligung im Betrieb sicherstellt. Die Rechte der abhängig Beschäftigten werden dank des vom Betriebs-/ Personalrat geführten Dialoges mit dem Arbeitgeber gewahrt. Ebenso sind die Arbeitsbedingungen in Betrieben mit einem Betriebs-/ Personalrat im Schnitt besser. Dieses verfassungsrechtlich verbrieft Recht auf Mitbestimmung der abhängig

Beschäftigten wird jedoch immer häufiger vom Arbeitgeber bekämpft, indem Kandidat*innen schikaniert oder eingeschüchtert werden. Das gilt in ähnlicher Weise für Gewerkschaftsrechte. Solche Machenschaften seitens des Arbeitgebers treten Grundrechte mit Füßen - oftmals ohne Konsequenzen. Obwohl prominente Fälle in den Medien heftig diskutiert

Starke Gewerkschaften. Starke SPD. Soziale Zukunft gemeinsam gestalten!

wurden, hat sich an dieser Diskriminierung, unter der Millionen von Menschen leiden, bisher wenig geändert.

Kinderarbeit

Arbeit von Kindern und Jugendlichen ist in Deutschland ein Massenphänomen. Kinderarbeit in Deutschland hat unterschiedliche Facetten: Sie ist Ausbeutung und Selbstverwirklichung, macht Spaß und gefährdet die Gesundheit. Kinder und Jugendliche arbeiten aus eigenem Antrieb, teilweise aber auch, weil es von ihnen erwartet wird. Mehr als die Hälfte der 12 bis 16-jährigen haben Umfragen zufolge bereits neben der Schule gearbeitet. In Bezug auf den Bevölkerungsanteil dieser Altersgruppe wären dies 1,8 Millionen Kinder und Jugendliche. Davon wiederum ging mehr als die Hälfte, also mehr als 900.000 gegen Bezahlung einer Arbeit nach, die nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz verboten ist. Besonders kritisch ist die Situation unter den 10 Prozent männlichen Jugendlichen, die auf Baustellen mit Abrissarbeiten oder anderen schweren Arbeiten beschäftigt waren.^{xii}

Sklavenarbeiter*innen, Wanderarbeiter*innen und Prostituierte

Moderne Sklaverei beinhaltet auch Schuldknechtschaft, Zwangsheirat und Menschenhandel. In Deutschland gibt es rund 10.500 Personen, die als Sklaven gelten müssen. Im gesamten Europa gebe es nach Angaben der Studie über 3,6 Millionen Zwangsarbeiter*innen.^{xiii} Mit Strich ist abwertend der Ort gemeint, wo Arbeiter*innen ihre Arbeit auf der Straße anbieten, vor allem Wander- und Sexarbeiter*innen. Bei den Sexarbeiter*innen schätzt man die Anzahl auf 400.000.

Kränker und früher tot

Neben Frühgeburten und höherer Säuglingssterblichkeit haben wirtschaftlich Benachteiligte auch eine geringere Lebenserwartung. Ein niedriger Sozialstatus ist oft mit harten Arbeitsbedingungen, einer unsicheren Erwerbssituation und mit schwierigen Familien- und Lebensumständen verknüpft. Auch in der ferneren Lebenserwartung ab dem 65. Lebensjahr zeichnen sich Unterschiede zuungunsten von Frauen und Männern mit

niedrigem sozialen und wirtschaftlichen Status ab. Frauen und Männer aus den höheren Klassen leben nicht nur länger, sie können auch mehr Lebensjahre in guter Gesundheit verbringen.^{xiv} Zu der verringerten Anzahl an Lebensjahren und gesunden Lebensjahren tragen auch die große Anzahl an Verstößen gegen die Arbeitsschutzbestimmungen und der Abbau der für ihre Überwachung zuständigen Behörden bei.

Starke Gewerkschaften. Starke SPD. Soziale Zukunft gemeinsam gestalten!

Verleugnung der Mehrheit

Insgesamt wird die große Gruppe der Arbeitnehmer*innen und ihrer Angehörigen inkl. derer, die von Lohnersatzleistungen leben, nicht angesprochen, ihre Mehrheit in der Gesellschaft verneint. Wenn von Arbeitnehmer*innen, Proletarier*innen, Arbeiter*innen gesprochen wird, werden oft Vorurteile oder falsche Stereotypen laut. Es wird oftmals so lange herumdifferenziert, bis die groben Strukturen sozialer Ungleichheit unsichtbar gemacht wurden. Dazu tragen auch Aufsteiger*innen aus den unteren Arbeitnehmer*innenschichten bei, die erstens ihre Leistung gewürdigt bekommen und zweitens sich von ihrem Ursprung, den Assis, Prolls oder Plebs, abheben wollen, in dem sie sich fast zwanghaft als Angestellte und Angehörige der Mittelklasse definieren.

ⁱ Stein, Ben: In Class Warfare, Guess Which Class Is Winning. in: New York Times v. 26. November 2006.

ⁱⁱ vgl. DGB Verteilungsbericht 2017, S. 16.

ⁱⁱⁱ vgl. Statistisches Jahrbuch 2018, Seite 355.

^{iv} vgl. DGB Verteilungsbericht 2017, S. 11.

^v vgl. WSI Tarifarchiv, Tarifbindung.

^{vi} vgl. DGB Verteilungsbericht 2017, S. 28.

^{vii} Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Fünfter Band: Bundesrepublik und DDR 1949 – 1990, Frankfurt am Main/Zürich/Wien 2008, S. 113.

^{viii} Ders.: Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München 2013.

^{ix} Demokratie: Eine Frage der Klasse. in: Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): Böckler-Impuls, Ausgabe 10/2016, Düsseldorf 2016, S. 6.

^x Lea Elsässer, Svenja Hense, Armin Schäfer: Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015. Endbericht. Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Osnabrück 2. Juni 2016, S. 43.

^{xi} Lea Elsässer, Armin Schäfer: Group Representation for the Working Class?, MPIfG Discussion Paper 16/3, Köln 2016

^{xii} vgl. Positionen des Deutschen Kinderhilfswerkes, 20 - Mehr Rechte ansichern. Kinderarbeit in Deutschland, <https://www.dkhw.de/ueber-uns/meinungen-und-positionen/positionen/position-20-kinderarbeit-in-deutschland/>

^{xiii} vgl. Walk Free Foundation (Hrsg.), Global Slavery Index 2014.

^{xiv} vgl. Lampert, Thomas / Kuntz, Benjamin / KiGGs Study Group: Gesund aufwachsen – Welche Bedeutung kommt dem sozialen Status zu? Hrsg. vom Robert Koch-Institut, GBE kompakt 6(1), Berlin 2015.

Starke Gewerkschaften. Starke SPD. Soziale Zukunft gemeinsam gestalten!